Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1876

19.11.1876 (No. 276)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 19. November.

№ 276. Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei. **1876.**

Telegramme.

† **Berlin**, 17. Nov. Auf der Tagesordnung des Reichstags steht die zweite Lesung der Gerichtsverfassung. § 1 der Regierungsvorlage überträgt die Ausübung der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit an die Handelsgerichte. Die Kommission beantragt die Streichung der Handelsgerichte und schlägt vor, der Landes-Justizverwaltung die Befugniß einzuräumen, nach Bedürfniß detachirte Handelskammern für die Landgerichts-Bezirke oder Theile derselben einzurichten. Nachdem Miquel als Vorsitzender der Kommission die Debatte über § 1 eingeleitet und Becker als Referent den Kommissionstandpunkt gerechtfertigt hat, tritt Justizminister Leonhardt für die Vorlage ein: Handelsgerichte seien dringendes Bedürfniß und würden durch die von der Kommission vorgeschlagenen detachirten Handelskammern nicht ersetzt. Durch letztere werde ein besonderer prozessualischer Vortheil nicht erreicht, wohl aber die Besorgniß einer Hemmung der Justizverwaltung nahegelegt. Die Handelsgerichte hätten sich in ganz Deutschland bewährt, der Handelsstand wünsche ihr Fortbestehen; er empfehle sonach die Annahme der Regierungsvorlage.

Nach längerer Debatte, an welcher sich Beseler, Reichensperger (Olpe), Wolffson, Winterer und Lasker betheiligen, nimmt Miquel zu einem Schlußresumé das Wort, worauf das Haus zur Diskussion über § 81 gelangt, welcher den Kommissionsvorschlag bezüglich der detachirten Handelskammern formulirt. Römer wendet sich gegen Laiengerichte überhaupt, Reichensperger (Crefeld) befürwortet dagegen dieselben, Goldschmidt vertheidigt den von ihm und Beseler gestellten Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Nachdem sich sodann noch Miquel gegen den Antrag Winterers auf Beibehaltung der elsaß-lothringischen Handelsgerichte ausgesprochen, wird die Debatte geschlossen. Die §§ 1 und 81 werden nach den Kommissionsvorschlägen angenommen und hierauf § 82, welcher von der Zuständigkeit der Handelskammern handelt, gleichfalls nach den Kommissionsanträgen genehmigt. Fortsetzung der Berathung morgen.

† **Wien**, 17. Novemb. Der Fortschrittsklub des Reichsrathes hat mit allen gegen 7 Stimmen die Aufnahme folgender Punkte als für die Mitglieder bindend in die Klubstatuten beschlossen: Bei Erneuerung des Ausgleichs mit Ungarn ist eine Mehrbelastung Oesterreichs, insbesondere jede Störung des Geldwesens, hintanzuhalten. Für die gemeinsamen Beziehungen der Gesammtmonarchie ist eine festere dauerndere Grundlage anzustreben. Die Verbindung mit Ungarn ist in einer, Oesterreichs Einfluß sicher stellenden Weise zu regeln, widrigenfalls die volle Selbständigkeit anzustreben ist. Der Klub wird wird nur eine solche Regierung unterstützen, welche das Verhältniß beider Reichshälften in den bezeichneten Richtungen zu regeln bestrebt ist.

Der Klub der Linken hat einen Antrag des Fortschrittsklubs angenommen, betreffend die Einberufung einer Parteiversammlung behufs Besprechung der Ausgleichsfrage; in Folge dessen erscheint auch die Theilnahme des Zentrumsklubs gesichert. Die Mehrzahl der Redner betonte bei der hierüber gepflogenen Debatte die Unthunlichkeit einer Aufrechterhaltung der bisherigen Passivität; der Regierung müsse sowohl in ihrem eigenen Interesse, wie im Interesse der Partei, Gelegenheit zur Aeußerung geboten werden.

† **Wien**, 17. Nov. Die „Politische Korrespondenz" meldet aus Versailles: Nach den zuverlässigsten Quellen verlautet, daß der deutsche Botschafter Fürst Hohenlohe nicht in der Lage ist, die Betheiligung Deutschlands an der Pariser Ausstellung von 1878 in Aussicht zu stellen.

---

† **Pesth**, 17. Nov. In der heutigen Sitzung des Unterhauses beantwortete Ministerpräsident v. Tisza die Interpellation bezüglich der orientalischen Frage dahin, daß er es ablehnen müsse, die gewünschte Vorlage über die orientalische Politik zu machen. Das System der Regierung habe seither noch keine Aenderung erfahren; die Regierung wünsche jetzt auch keine einschlägige Debatte wegen ihrer großen Verantwortlichkeit. In der Rede des Kaisers von Rußland komme kein Wort von Oesterreich-Ungarn vor, welches also auch nicht bedroht sein könne. Das auswärtige Amt habe seine Stellung gegenüber der orientalischen Frage genommen, woran es auch ferner festhalten werde. Auch auf der Konferenz, welcher es beigetreten sei, werde es seine Pflicht darin erblicken, das Möglichste zur Wahrung des Friedens aufzubieten und alles Nothwendige zu thun, damit die Interessen der Monarchie, unter welchen Verhältnissen immer, geschützt werden. — Die Antwort des Ministers wurde vom Hause einstimmig zur Kenntniß genommen.

§ Politische Wochenübersicht.

In der abgelaufenen Woche standen wir vorwiegend unter dem Eindruck der von Kaiser Alexander in Moskau gesprochenen Worte — Worte, deren Ernst — ob sie nun eine Antwort auf die Rede des englischen Premiers beim Lordmayors-Mahl, was zeitlich möglich wäre, gewesen oder nicht — um so schwerer in die Wagschale fallen muß, als ihnen die ausgedehntesten Maßnahmen der russischen Militärverwaltung zur Seite stehen, wie die Mobilmachung eines Theils der Armee und die Erlassung eines Pferdeausfuhr-Verbots für den Süden und Westen. Jene beiden Kundgebungen müssen als neue sehr ernste Verwicklungsmomente die Ansichten der Optimisten, welche in jedem Zwischenfall der orientalischen Frage ein neues Element für das sich bereitende Friedenswerk finden, bedeutend herabstimmen. Das Zustandekommen des Friedens ist durch die neueste Wendung in der orientalischen Frage zum mindesten nicht wahrscheinlicher geworden. Einmal ist schon das Programm Rußlands, wie es jetzt verlautet und die Garantien enthält, welche Rußland für die Durchführung der Reformen in den insurgirten Provinzen der Türkei als unerläßliche Forderungen zu stellen beabsichtigen soll (darunter auch noch eine temporäre Okkupation), derart, daß verschiedene Punkte desselben, so berechtigt an sich sie erscheinen mögen, für die Türkei unannehmbar sein dürften; sodann liegt gerade der Schwerpunkt der Situation in diesen Garantien. Konzessionen von Seiten der Türkei in dieser Beziehung dürfte auch die Meinung der türkischen Staatsmänner von der Vergeblichkeit eines Entgegenkommens und des Versuches eines friedlichen Ausgleiches, da der Krieg von Rußland fest beschlossen sei, entgegenstehen. Daß unter diesen Umständen sogar an dem Zustandekommen der Konferenz, geschweige denn an einem befriedigenden Resultate derselben, gezweifelt wird, ist natürlich. Gleichwohl ist noch nicht alle Hoffnung auf eine Abmilderung der Gegensätze und Auffindung friedlicher Einigungspunkte verschwunden. In dieser Beziehung accentuirt man die Erwägung, daß eine „einseitige" provokatorische Politik Rußlands gegen die Türkei unfehlbar eine Kriegserklärung Englands hervorrufe (wie sehr man auch allseitig über die Forderungen an die Türkei an sich einig sein mag und muß), sowie die Rücksicht auf die Finanzen (nicht recht stichhaltig); vor Allem aber die Gesinnung des Kaisers, der zu fest an dem Drei-Kaiser-Bunde halte, um eigenmächtig vorzugehen, und vor einem aktiven Einschreiten alle denkbaren friedlichen Mittel erschöpfen werde. Bei diesem Widerstreite der Ansichten und dem Dunkel der Lage werden nur entscheidende Ereignisse eine Klärung bringen können. Gegen einen kriegerischen Zusammenstoß zwischen England und Rußland wird es nicht an angelegentlicher Vermittlung fehlen. Oesterreich hat noch keinen Anlaß zu außerordentlichen Maßregeln gefunden, doch wird auch ein Pferdeausfuhr-Verbot für den ganzen Umfang der Monarchie erwartet. Im Woolwicher Arsenal herrscht dagegen vermehrte Thätigkeit. Auch die Worte des Kaisers Alexander zu seinen Generalen und Offizieren bei der Truppenrevue am 15. d. scheinen kaum anders gedeutet werden zu können, als daß man mehr und mehr dem Kriege zutreibt.

Die Reichs-Justizkommission hat ihre Verhandlungen über die Differenzen des Bundesraths bei den großen Justizgesetzen abgeschlossen. Der Reichstag nahm am 15. seine Sitzungen wieder auf. Der Gesetzentwurf über den elsaß-lothringischen Landeshaushalt wurde nach erster Lesung an eine Kommission verwiesen. Am 17. begann die zweite Berathung der Justizgesetze, deren Zustandekommen man erwarten darf. Der wieder vollständig genesene Kaiser ist am 15. nach Schlesien gereist, vorerst zu dem Herzog von Sagan. — In Württemberg sind die Neuwahlen zur Zweiten Kammer auf den 13. Dezember angesetzt.

Eine angebliche Schwenkung Oesterreichs gegen England hin findet keine Bestätigung. Oesterreich hat dem Konferenzvorschlag zugestimmt, verlangt aber ein präzises, genau bestimmtes Programm; sein Spezialbevollmächtigter ist noch nicht ernannt. Im ungarischen Abgeordnetenhause hat Helfy das Ministerium wegen der Moskauer Rede des Czaren interpellirt.

In den französischen Deputirtenkreisen herrscht großes Mißtrauen gegen den Herzog v. Decazes, ob er das Versprechen in Betreff der Neutralität Frankreichs halten werde. Man beabsichtigt daher die Ernennung eines Ausschusses aus Senatoren und Deputirten mit weitgehenden Vollmachten, der, dem Minister des Aeußern zur Seite gestellt, von diesem Mittheilungen über die äußere Lage zu erhalten und bei ernsten Ereignissen die geeigneten Maßregeln zu ergreifen hätte. Im Senat begann die zweite Lesung des Armeeverwaltungs-Gesetzes. Ein Konflikt droht durch einen Brief des Finanzministers Leon Say, welcher dem Senat gleiche Budgetrechte wie der Deputirtenkammer beilegt. Bedenklich erscheinen die Brandstiftungen in den algerischen Staatsforsten.

Am 14. sind die belgischen Kammern ohne Thronrede zu ihrer Wintersession zusammengetreten. Barra brachte die Unregelmäßigkeiten bei den letzten Wahlen zur Sprache; Finanzminister Malou hat einen Antrag auf Abhilfe angekündigt.

Die spanischen Cortes haben den Antrag auf ein Gesetz zum Schutz des literarischen Eigenthums für erheblich erklärt. Das eingebrachte Wahlgesetz schließt die allgemein Abstimmung aus, führt Listenscrutinium ein und ertheilt das Wahlrecht nur direkte Steuern Zahlenden und sonst Wahlfähigen.

Zum Präsidenten des italienischen Senats ist vom König Tecchio ernannt worden. Eine von der „Kölner Zeitung" veröffentlichte Urkunde über Maßregeln des Ministeriums im Falle des Todes des Papstes wird für unächt erklärt.

„Times" glaubt noch immer an das Zustandekommen der Konferenz und rechnet auf die guten Wünsche aller Mächte für dieses auf Erhaltung des europäischen Friedens abzielende Werk. Das Blatt sieht fast nur wirkliche Gefahr in der möglichen Halsstarrigkeit der türkischen Regierung (gewiß nicht gemildert durch die englische Politik!) und erblickt sogar die Möglichkeit, daß auch England ein Ultimatum in Konstantinopel überreichen könnte. (!) Es verlautet von einem eigenhändigen Briefe des Kaisers Alexander an die Königin Viktoria.

Die Schwierigkeiten bezüglich der Demarkationslinie sollen bestätigt sein, die betreffenden Kommissäre ihre Arbeiten am 20. d. M. beginnen. — Der serbische Kriegsminister Nicolitsch geht mit Urlaub nach Italien.

Die Thronadresse der rumänischen Kammern hebt die Nothwendigkeit strikter „bewaffneter" Neutralität hervor; der nöthige Kredit wurde bewilligt. Die Stellung Rumäniens ist nicht ohne Zweideutigkeit.

Das Resultat der Wahlmänner-Wahlen für die Präsidentenwahl der Vereinigten Staaten ist noch nicht klargestellt und bewirkt die Ungewißheit in Verbindung mit den gegenseitigen Vorwürfen über Wahlfälschungen große Aufregung.

Deutschland.

Karlsruhe, 18. Nov. Das Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 45 vom Heutigen enthält:

Bekanntmachung des Handelsministeriums: die Erbauung einer Eisenbahn von Durlach über Bretten nach Eppingen betreffend.

☐ **Berlin**, 16. Nov. Nach Mittheilungen aus Sagan sind der Kaiser und der Kronprinz mit Gefolge gestern Nachmittag 4½ Uhr wohlbehalten dort eingetroffen. Höchstdieselben wurden bei ihrer Ankunft auf dem festlich geschmückten Bahnhofe von dem Herzog von Sagan, sowie von den Vorständen der Civil- und Militärbehörden empfangen und begaben sich dann unter den freudigen Willkommenrufen der zahlreich versammelten städtischen und ländlichen Einwohnerschaft durch die glänzend erleuchtete Stadt nach dem herzoglichen Schlosse. Heute Mittag sind der Kaiser und der Kronprinz von Sagan wieder abgereist, um sich mittelst Extrazuges auf dem Wege über Breslau und Schoppinitz nach Pleß zu begeben. Dort wird die Ankunft Höchstderselben zu heute Abend 7½ Uhr erwartet. — Ihre Majestät die Kaiserin hat die Absicht, gegen Ende dieses Monats von Koblenz nach Berlin zu kommen und dann den Winter hindurch in der Hauptstadt zu verbleiben.

In den nächsten Tagen erwartet man hier die Ankunft des Reichskanzlers Fürsten v. Bismarck. Der ursprünglich für heute in Aussicht genommene Beginn der zweiten Berathung des Reichstages über die Entwürfe der großen Justizgesetze hat bis morgen vertagt werden müssen, weil die Berichte der Justizkommission über diese Vorlagen nicht rechtzeitig im Druck fertig gestellt und an die Reichstags-Mitglieder vertheilt werden konnten. Auf allen betheiligten Seiten besteht der Wunsch, die betreffenden Plenarverhandlungen möglichst ohne ein Dazwischentreten anderer Berathungsgegenstände fortzuführen und noch im Laufe des November zum Abschluß zu bringen. Vor der dritten Berathung der Entwürfe stehen dann noch die anscheinend nöthig werdenden weiteren Ausgleichungsverhandlungen zwischen den Kommissarien des Bundesrathes und der Justizkommission des Reichstages zu gewärtigen. An dem schließlichen Zustandekommen der Justizgesetze in der jetzigen Session wird hier im Allgemeinen nicht mehr gezweifelt. Fast allseitig tritt die Ueberzeugung hervor, daß für das Gelingen des großen Werkes Opfer zu bringen seien und daß bis zum letzten Augenblicke die Verständigung angestrebt werden müsse. — Zur Theilnahme an den Verhandlungen des Bundesrathes ist der fürstlich schwarzburg-rudolstädter Staatsminister v. Bertrab aus Rudolstadt hier eingetroffen. — Die zu Berathungen über das Moorwesen einberufene Kommission, welche am Montag im Landwirthschaftlichen Ministerium zusammentrat, hat gestern Mittag ihre Verhandlungen beendigt. Anfangs Februar k. J. wird sich dieselbe hier wieder vereinigen.

♂ **Berlin**, 16. Nov. In Regierungskreisen hält man hier noch immer an der Ansicht fest, daß die kürzlich von der „Köln. Ztg." veröffentlichte Immediateingabe der vier italienischen Minister wirklich existire, daß sie aber noch nicht für ein größeres Publikum bestimmt und nur durch einen argen Vertrauensbruch an die Oeffentlichkeit gelangt sei. Da in Italien viele Beamte käuflich sind, ist der letztere Umstand nicht allzu verwunderlich. Bemerkenswerth ist

übrigens, wie kühl sich die ultramontanen Blätter der Publikation gegenüber verhalten. Es scheint fast, als sei man im Vatican auch auf die Eventualität eines dem angekündigten entsprechenden Schrittes der italienischen Regierung vorbereitet und dafür gewappnet. — Der Handelsminister hat wiederholt Veranlassung genommen, die Direktionen der Privateisenbahnen im Interesse der Sicherheit des Betriebes zu empfehlen, keine allzuhäufigen Veränderungen in ihrem bautechnischen Personal zu treffen. Schon seit Jahren wird darüber geklagt, daß die Eisenbahn-Baumeister allzuhäufig wechseln. Von privater Seite ist nun vorgeschlagen, nur Bauinspektoren anzustellen mit einem Gehalte von 2400 bis 4800 Mark, d. h. von dem Minimum eines jetzigen Eisenbahn-Baumeisters bis zu dem höchsten Gehalt eines Bauinspektors.

Unsere Seestädte haben selbstverständlich das nächstliegende Interesse für das dem Reichstage vorliegende Gesetz betreffend die Untersuchung von Seeunfällen und die betreffenden Interessentengruppen wenden sich in Denkschriften ꝛc. an ihre Abgeordneten, um ihre Wünsche detaillirt darzulegen. Zu demselben Zwecke ist hier eine Deputation Danziger Schiffsrheder, Kapitäne ꝛc., bestehend aus den Herren Heinrich Ehlers und John Gibson hier angelangt, welche heute Abend den Mitgliedern der See-Unfalls-Commission und jenen Abgeordneten, die sich für den Gesetzentwurf speziell interessiren, über die Auffassung der Vorlage Seitens der Praktiker einige Erläuterungen zu geben beabsichtigt.

Die Schutzzöllner des Reichstages geben ihre verlorene Sache nicht auf und vereinigen sich morgen in einer freien Kommission, um über die einzuschlagende Taktik im Parlamente eine Verständigung zu erzielen. Daß sie auf einen Erfolg bei den Verhandlungen über die Petition nicht rechnen können, darüber scheinen sie nachgerade keinen Zweifel mehr zu hegen. Allerdings beabsichtigen einige ihrer Mitglieder eine Resolution einzubringen, in welcher vom Reichskanzler verlangt werden soll, beim Abschluß von Handelsverträgen auf die Reziprozität der Zollermäßigungen zu dringen und falls diese nicht zu erreichen sei, die Aufhebung der eigenen gleichartigen Zölle zu sistiren. Ob auf diesem Umwege der Reichstag sich für die Prolongation der Eisenzölle entscheiden wird, dürfte den Schutzzöllnern selbst zweifelhaft erscheinen. Um einer gewissen Niederlage durch die Abstimmung über eine solche Resolution zu entgehen, wird vorgeschlagen, eine Interpellation desselben Inhalts einzubringen. Geschäftsordnungsmäßig wird darüber allerdings nicht abgestimmt, aber der eigentliche Zweck doch erreicht, nämlich eine schutzzöllnerische Jeremiade über die bedrängte Industrie vor den Reichstagswahlen am rechten Orte zu halten. — In den Fraktionsversammlungen des Reichstages werden seit zwei Tagen die Reichs-Justizgesetze berathen. Die nationalliberale und die Fortschrittspartei schließen sich im Allgemeinen den Kommissionsbeschlüssen an, wenn sich auch die juristischen Mitglieder derselben für neue Anträge erwärmen, die sie mit ausführlichen Reden zu begründen suchen. Man fürchtet, daß bei so gründlicher Berathung neuer Anträge, wie sie in den letzten zwei Tagen erfolgte, die Fraktionsverhandlungen länger, als die Berathungen des Plenums dauern würden. Man ist deßhalb in den Fraktionen bemüht, durch Annahme der Kommissionsbeschlüsse die Verhandlungen abzukürzen. — Heute Abend wird Strousberg von Moskau kommend hier erwartet. Es bestätigt sich, daß im Kaiserhofe, dem hervorragendsten Hôtel der Residenz, Zimmer für ihn bestellt sind. Möglich genug, daß seine Freunde und Ergebenen, die er bekanntlich bis in die höchsten Kreise der Gesellschaft zählt, ihm eine kleine Ovation veranstalten.

A. Berlin, 17. Nov. (Reichstag. 10. Sitzung.)

Der Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min. mit den üblichen geschäftlichen Mittheilungen. — Am Tisch der Bundeskommissäre: der Justizminister Dr. Leonhardt, der Präsident des Reichs-Justizamtes, Arnsberg, Minister v. Mittnacht und eine große Anzahl anderer Bundeskommissäre. Die Plätze im Hause sind zahlreicher besetzt, als an den vorhergehenden Sitzungstagen. Das Haus tritt nach Erledigung kurzer geschäftlicher Angelegenheiten sofort in die Tagesordnung ein, auf welcher zunächst die zweite Berathung des Entwurfs eines Gerichts-Verfassungsgesetzes und zwar zuvörderst der §§ 1, 81 und 82 steht.

Die Kommission beantragt den § 1 in folgender Fassung anzunehmen: „Die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit wird durch Amtsgerichte und Landgerichte, durch Oberlandesgerichte und durch das Reichsgericht ausgeübt.“ Dagegen beantragt der Bundesrath hinter dem weiteren Worte „Landesgerichte“ einzuschieben „und Handelsgerichte“ und dadurch die frühere Regierungsvorlage wieder herzustellen. Ein gleicher Antrag ist auch von den Abgg. Dr. Beseler und Dr. Goldschmidt gestellt, während die Abgg. Winterer und Gen. beantragen, dem § 1 hinzuzufügen: „In Elsaß-Lothringen bleiben die dort bestehenden Handelsgerichte bis zur weiteren gesetzlichen Regelung bestehen.“

Die Diskussion leitet zunächst der Referent, Abg. Miquel, mit einer kurzen Bemerkung ein, in der er die Differenzpunkte in den vorliegenden Anträgen darlegte.

Abg. Becker (Oldenburg) legte die Anträge der Kommission dar. Die Frage der Handelsgerichte hänge mit der Civil-Prozeßordnung in engstem Zusammenhang. Die Regierungsvorlage wolle örtlich abgegrenzte Handelsgerichte durchweg als Prinzip errichten, in soweit die Landes-Justizverwaltung ein Bedürfniß hierzu anerkenne. Noch andere Stimmen seien laut geworden, welche verlangen, daß auch in zweiter Instanz Handelsgerichte entscheiden sollen. Dem gegenüber schlägt die Kommission vor, bei den Landgerichten Kammern für Handelsgerichte zu bilden, je nach dem vorhandenen Bedürfniß, und sie hat, um eine Einigung in dieser Prinzipienfrage herbeizuführen, neuerdings sich dafür entschieden, daß solche Kammern auch dort ihren Sitz haben dürfen, wo das Landgericht seinen Sitz nicht hat. Diesen letzteren Antrag, der eine Basis für eine Einigung in den divergirenden Ansichten gewähre, empfehle er zur Annahme.

Justizminister Dr. Leonhardt befürwortet den Standpunkt der Regierung. Es handle sich nicht etwa um die Frage, ob Handelsgerichte in unserer Gerichtsverfassung überhaupt eingeführt werden sollen oder nicht, sondern es handle sich namentlich nur um die Frage, ob die Handelsgerichte als eine feststehende juristische Institution errichtet werden sollen, oder ob sie nach Erforderniß und je nach den gegebenen Verhältnissen hergerichtet werden sollen. Die Kommission habe sich für die letztere Alternative erklärt, während die Bundesregierungen in ihrer Mehrheit sich für die erste Ansicht erklärt haben. Auch im Publikum habe man diese Frage diskutirt und von den Gerichten seien Gutachten abgegeben. Der größere Theil der Gerichte sei mit der Anschauung der Kommission nicht einverstanden und der Handelsstand habe sich erst recht und mit aller Entschiedenheit für die Ansicht der Regierung ausgesprochen. Es sei zur Beurtheilung dieser Frage zunächst in Betracht zu ziehen, daß es sich hier nicht um Veränderungen und Verbesserungen einer bestehenden und weiter zu erhaltenden Gesetzgebung handle, sondern es handle sich um die Schaffung einer ganz neuen Gesetzgebung, und es handle sich ferner um Beseitigung von Institutionen, die in verschiedenen deutschen Staaten schon lange als feststehende Organe und zur Zufriedenheit der betheiligten Bevölkerung bestanden haben. Für diese Staaten, so u. A. für Württemberg, sei es mit großen Schwierigkeiten verbunden, die Institutionen der Handelsgerichte, welche schon seit Jahren dort eingeführt, zu beseitigen. Wolle man ein bestehendes Gesetz verbessern, so könne man vielleicht die Ansicht der Kommission theilen. Aber hier handle es sich um die Begründung einer ganz neuen Gerichtsorganisation, und da sei es wohl geboten, dem vorhandenen Bedürfniß zu entsprechen. Wolle man es der Landes-Gesetzgebung überlassen, Handelsgerichte zu errichten oder nicht, so werde damit die Einheit und die Gleichheit vor dem Gesetz geschädigt und die Einheit gerade auf dem Gebiete aufgegeben, auf welchem eine Einheit des materiellen Rechts bestehe. Er empfehle deßhalb die Annahme des Vorschlags der Regierung, welcher die prinzipielle und allgemeine Einführung der Handelsgerichte fordere.

Abg. Dr. Beseler empfiehlt in längerer Rede und aus denselben Gesichtspunkten wie der Minister den von ihm gestellten Antrag auf prinzipielle Beibehaltung, resp. Einführung der Handelsgerichte, bleibt aber wegen seines schwachen Organs im Zusammenhange auf der Journalistentribüne unverständlich.

Abg. Reichensperger (Olpe): Das Bedürfniß nach Handelsgerichten sei mit der Modifikation des Handelsrechts fortgefallen, da letzteres nicht mehr ein Geheimniß des Kaufmannsstandes sei. Wo Handelsgerichte bisher bestanden, hätten sie sich überdies nicht einmal so sehr bewährt, daß man jetzt für ihre Beibehaltung schwärmen könne, wie dies z. B. am Rhein der Fall. Selbst wissenschaftlich gebildete Handelsrichter holten sich in zweifelhaften Fällen bei oft nicht einmal erfahrenen Juristen privatim Raths. Der Werth der Handelsgerichte für die Praxis ergebe sich aus dem Umstande recht deutlich, daß große Handelsstädte, wie z. B. Frankfurt a. M., keine Handelsgerichte eingeführt hätten. Wolle man trotzdem Handelsgerichte einführen, so möge man wenigstens die Bestimmungen treffen, daß der Vorsitzende ein gelehrter, juristisch gebildeter Richter sei, und ferner die Bestimmung, daß nicht, wie nach dem Entwurf der Regierung möglich, handelsrechtliche Bagatellsachen im Instanzenwege bis vor das Reichsgericht gebracht werden können. Man möge für den Fall, daß man die Handelsgerichte einführen wolle, sie den französischen Einrichtungen entsprechend, nicht als ordentliche, sondern als außerordentliche Gerichte bezeichnen, welche nur zur Entscheidung konkreter, nicht aber für präjudizielle Fragen herangezogen werden. Selbst der Entwurf wolle ihnen nicht das volle Kriterium der ordentlichen Gerichtsbarkeit gewähren, indem er ihnen die Vollstreckungsgewalt vorenthalte. Er bitte, das Prinzip des Regierungsentwurfs abzulehnen und nur eventuell dem Antrage der Kommission zuzustimmen, nach welchem es den Landesregierungen überlassen bleibt, Handelskammern zu errichten, wo sie für geboten erachtet werden, auch wenn das Landesgericht nicht an dem betreffenden Orte seinen Sitz habe. (Bravo!)

Abg. Dr. Wolffsohn erklärt sich für Handelsgerichte, welche er in der vom Entwurf vorgeschlagenen Zusammensetzung für den Handelsstand als durchaus nothwendig bezeichnet. Zur richtigen Beurtheilung der Rechtsverhältnisse des Handelsstandes sei die Einsicht in die Grundgedanken des Handels erforderlich. Diese könne der Richter bei der vielfachen Gestaltung und häufigen Veränderung des Handelsverkehrs nur erlangen, wenn er stets mit Kaufleuten in enger Verbindung bleibe. In Hamburg spreche die Erfahrung für Handelskammern. Die Sichtung des Stoffes liege ja ohnehin immer noch den Handelsgerichten ob. Es liege ja nicht in der Absicht, Privilegien für den Handelsstand zu schaffen, sondern man wolle zu der Civilrechtsprechung das Laienelement mit heranziehen. Die Ansicht, daß mit der Abfassung des Handelsgesetzbuches die Entwickelung des Handelsrechts ihren Abschluß erreicht habe, stehe mit der Wirklichkeit in direktem Widerspruch. Eine solche Tendenz habe das Handelsgesetzbuch gar nicht haben können, denn die Fortentwickelung des Handelsrechts finde stetig und ununterbrochen statt. Er begreife nicht, wie der Reichstag, der den Gewerbegerichten allen thunlichen Vorschub geleistet, einem ähnlich basirten Gericht so hartnäckig entgegentreten solle, in welchem noch ein Rest von wirklichem Volksrechte erhalten sei. Er bittet, dem von der Regierung vorgelegten Entwurf zuzustimmen.

Justizminister Dr. Leonhardt: Der Gang, den die Diskussion genommen hat, veranlaßt mich, der Frage näher zu treten, ob es überhaupt nöthig ist, besondere Handelsgerichte zu konstituiren. Diese Frage kann nur beantwortet werden mit Rücksicht auf die einzelnen Länder und auf die Bedürfnisse des Handels von den einzelnen Orten. So würde ich das Bedürfniß dieser Gerichte z. B. für die Provinz Hannover entschieden in Abrede stellen, während ich in Bezug auf die Städte Hamburg und Bremen wahrscheinlich zu einem anderen Resultate gelangen würde. Diese Städte haben bei der Bedeutung ihres Handels ein viel größeres Interesse an einer besonderen handelsgerichtlichen Jurisdiktion. Es kommen bei Entscheidung dieser Frage überhaupt nicht allein juristische, sondern auch politische Gesichtspunkte in Betracht, denn es entsteht die Frage, ob es überhaupt räthlich sei, eine Institution aufzuheben, welche lange Zeit bestand und in einzelnen Landestheilen, wie z. B. den Rheinlanden großen Beifall gefunden haben. Ich meinerseits stehe wesentlich auf diesem politischen Standpunkte. Der Minister geht demnächst auf einzelne Bemerkungen der Vorredner näher ein und erörtert besonders eingehend die Frage, ob die Kompetenz der Handelsgerichte nach unten zu begrenzen sei. Die Vertreter des Handelsstandes haben zu jeder Zeit ein großes Gewicht darauf gelegt, daß die Handelsgerichte gewährt werden ohne Beschränkung der Kompetenz; die Einrichtung von Kammern für Handelssachen, wie die Kommission sie in ihrem Kompromisse vorschlägt, würde allerdings eine Beschränkung dieser Kompetenz nothwendig machen. Falls das Plenum den Vorschlag der Kommission acceptiren sollte, so würden Seitens der verbündeten Regierungen Einwendungen dagegen nicht erhoben werden.

Abg. Winterer befürwortet seinen Antrag und bittet mit Rücksicht darauf, daß sich in den Reichslanden das Institut der Handelsgerichte seither in hohem Maße bewährt habe — im Namen des Handelsstandes von Elsaß-Lothringen demselben das Institut der Handelsgerichte zu erhalten.

Abg. Dr. Banks: Es sei von Wichtigkeit, bei den verschiedenen hier zu Tage getretenen Ansichten, daß auch aus Hamburg eine Stimme laut werde, welche sich gegen die Handelsgerichte ausspreche. Ein großer Theil der maßgebenden Bevölkerung Hamburgs spreche sich gegen die Handelsgerichte aus und hege den Wunsch, daß auch der Reichstag sich in diesem Sinne ausspreche. Dr. Wolffsohn sage, man wolle keine Privilegien für den Handelsstand; ja was er aber verlange, sei eben ein Privileg. In Hamburg habe man Handelsgerichte, wenn man aber in Handelssachen Raths haben wolle, dann gehe man nicht zum Handelsrichter, sondern zum Advokaten, gehe man namentlich zu dem Dr. Wolffsohn, von dem bekannt sei, daß er in Handelssachen viel mehr Bescheid wisse, als der Handelsrichter. (Heiterkeit)

Abg. Dr. Lasker: Es sei ein Fortschritt in der Kulturentwickelung, daß man die Rechtsprechung nicht ausschließlich dem studirten Richter übertrage, sondern hiezu auch das Laienelement heranziehe, wo eben diese Heranziehung geboten sei. Wenn man in der Konsequenz dieses Prinzips sich zu der Ansicht verirre, daß dies eine Interessenvertretung sei, so sei das eben eine Folge der großen Eifersucht, die sich neuerdings unter den verschiedenen Berufsständen herausgebildet hat, und die schließlich auch in die gesetzgebende Versammlung hineingetragen wird. Man sagt, wolle man Handelsgerichte einführen, dann müsse man auch solche Gerichte für die Landwirthschaft ꝛc. gleichfalls einführen. Wenn die Rechtssachen in der Landwirthschaft dies erforderten, würde er durchaus nichts dagegen haben, auch wolle er darauf verweisen, daß bereits für die Landwirthschaft solche Einrichtungen bestehen; denn in streitigen Verkoppelungs- und ähnlichen Angelegenheiten würde das Recht nur unter Zuziehung von Sachverständigen gesprochen. Die Frage könne nur vom thatsächlichen Standpunkte aus beurtheilt werden und sei dahin zu präcisiren, ob man es mit einem Stande zu thun habe, der fähig ist, selbst mitzuwirken an der Entwickelung seines Rechts. Die Garantie, welche gegenüber der Ausartung dieses Prinzips zur Interessenvertretung durch das Gesetz geboten werde, ruhe in der förmlichen Trennung des Rechtsprechens von der Rechtsentwicklung. Den Weg, welchen die Kommission dem Hause vorschlage, halte er nicht nur für ein Kompromiß, sondern für einen äußerst glücklichen organisatorischen Gedanken. Man schaffe ein Landgericht und überlasse es diesem, nach Bedürfniß die erforderlichen Kammern zu bilden. Dem Vertreter aus Elsaß-Lothringen erwidere er, daß das Haus bei aller selbstberechtigten Empfindlichkeit des Handelsstandes von Elsaß-Lothringen und bei dem besten Willen dem zu entsprechen, nicht im Stande sei, für ihn eine Ausnahme zu machen. Er bitte vielmehr den hochgebildeten Handelsstand der Reichslande im Interesse den Einheit der Gesetzgebung sich den Beschlüssen des Hauses zu unterwerfen.

Die Diskussion wird geschlossen und nachdem der Referent Abg. Miquel die Debatte rekapitulirt und den Vorschlag der Kommission als einen wirklich nützlichen und zweckmäßigen Vermittlungsvorschlag empfohlen, schreitet die Versammlung, da beide Paragraphen mit einander in engem Zusammenhange stehen, zur Berathung des § 81, welchen die Kommission in folgender Fassung zur Annahme empfiehlt

„Soweit die Landes-Justizverwaltung ein Bedürfniß als vorhanden annimmt, können bei den Landgerichten, für deren Bezirke oder für örtlich abgegrenzte Theile derselben Kammern für Handelssachen gebildet werden. — Solche Kammern können ihren Sitz innerhalb des Landgerichts-Bezirks auch an Orten haben, an welchen das Landgericht seinen Sitz nicht hat.“

Abg. Dr. Römer erklärt sich für den Kommissionsantrag. Bei Gegenständen des Civilprozesses seien die Kaufleute als Richter gleich Null und müßten sich den Juristen unterwerfen, es sei deßhalb auch ganz überflüssig, solche Gerichte mit besonderer Organisation herzurichten.

Abg. Reichensperger (Crefeld) würde es für wünschenswerth betrachten, wenn die Handelsgerichte in Elsaß-Lothringen auch noch ferner beibehalten würden. Für die alten Provinzen halte er ihre Existenz allerdings nicht für genügend, ebensowenig sei er aber auch dafür, die Handelssachen ausschließlich den gelehrten Richtern zu übertragen. Denn bekanntlich seien die studirten Richter ebensowenig unfehlbar, als jeder andere Mensch, und die Differenzen in den Urtheilen der Landgerichte gegenüber denen der Appellgerichte geben dafür den deutlichsten Beweis. Könne man denn auch von dem jungen Richter verlangen, sobald er seine Examina hinter sich habe, daß er dann alles besser wisse, als alle anderen Leute für die Dauer des ihm noch verbleibenden halben Menschenalters. Uebrigens hätten bisher die Handelsgerichte in der Rheinprovinz vollkommen genügt, wenn er auch nicht der Meinung sei, daß sie in jeder Beziehung den Vorzug verdienen. In Betreff Elsaß-Lothringens bitte er nochmals, es bei den bisherigen Einrichtungen dort zu belassen. Man wolle die Bewohner der Reichslande durch Liebe zu gewinnen suchen; er möchte fragen, ob man denn Jemand dadurch gewinne, daß man das Gegentheil von dem stets thue, was er will?

Abg. Dr. Goldschmidt gehört ungeachtet der zahlreichen Gegnerschaft dennoch zu den Vertheidigern der Handelsgerichte, welche er theils aus politischen, theils aus praktischen Gründen beizubehalten wünscht. (Während der Rede des Abgeordneten nimmt die Finsterniß im Hause immer mehr zu und verdichtet sich schließlich dermaßen, daß man auf der Journalistentribüne außer Stande ist, auch nur eine Notiz niederzuschreiben.)

Dann wird die Diskussion geschlossen und nachdem der Referent Abg. Miquel den Kommissionsantrag nochmals befürwortet, schreitet das Haus zur Abstimmung, bei welcher die Anträge Beseler und Genossen und Winterer und Genossen abgelehnt und die Anträge der Kommission zu § 1 und zu § 81 mit großer Majorität angenommen werden. Dasselbe geschieht auch nach kurzer Debatte, an der sich die Abgg. Dr. Goldschmidt und Miquel betheiligen, mit der Fassung des § 82, wie sie die Kommission vorgeschlagen. Um 4 Uhr 35 Min. erfolgt die Vertagung der Debatte auf morgen 11 Uhr.

H **München**, 16. Nov. **Nach einer Mittheilung des „Bayrischen Vaterland“ werden die katholischen Arbeiter in München, welche bisher mit den „Patrioten“ in München gewählt haben, voraussichtlich größtentheils diesmal mit den Socialdemokraten wählen, einmal weil das Kammer-Patriotenthum für sie ebensowenig gethan hat, als die „liberale“**

Bourgeoisie, dann aber auch weil ein von Hrn. Jörg entworfenes Wahlprogramm auf sie nicht einladend, sondern nur abschreckend wirken kann, und aus anderen Gründen. Der Abfall der meisten Arbeiter von und deren Gleichgiltigkeit gegen die „patriotische" Partei ist eine Thatsache, über welche die schönsten Redensarten nicht hinweghelfen können. und wir finden es begreiflich.

Frankreich.

♂ **Paris**, 16. Nov. Die aufgeregte Zeit treibt wunderliche Blasen. Neulich erzählten französische Blätter ganz ernsthaft, daß Bismarck eines schönen Morgens dem Versailler Kabinet einen Theil von Elsaß-Lothringen auf dem Präsentirteller angetragen hätte, mit diesem Danaer-Geschenk aber schnöde abgewiesen worden wäre. Heute veröffentlicht die bonapartistische „Nation", die sonst gar nicht übel redigirt ist, an hervorragender Stelle folgendes Privattelegramm:

Berlin, 16. Nov.

Ich erfahre aus guter Quelle, daß zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Fürsten Gortschakoff ein Austausch von Depeschen äußerst wichtigen Inhalts stattgefunden hat. Den Gegenstand dieser Depeschen bildet die Weichsel-Linie, nach welcher Preußen schon seit längerer Zeit gelüstet, weil es dann gegen Rußland eine ebenso starke offensive Stellung hätte, wie es mit Straßburg, Metz und dem Rhein schon gegen Frankreich hat. Man versichert mir, daß Hr. v. Bismarck seine Neutralität an diese Bedingung knüpft und sich außerdem noch seine vollkommene Handlungsfreiheit gegen Holland und Frankreich vorbehält. Diese Unterhandlungen sind nicht ganz geheim geblieben; nach der Ansicht der Staatsmänner wird der Czar auf diese Forderungen schwerlich eingehen und in Folge dessen dürfte die Situation binnen Kurzem eine minder gespannte sein.

Die „Nation" knüpft an diesen Unsinn noch die entsprechenden Konjekturen. Der „Rappel" seinerseits behauptet mit derselben Zuversicht, daß Deutschland und England unter einer Decke spielen und daß alles Betreffende schon letzten Sommer in der Unterredung zwischen der Königin Viktoria und dem Kaiser Wilhelm abgemacht worden sei.

Das „Journal officiel" veröffentlicht ein Rundschreiben des Ministers des Innern, Hrn. v. Marcère, an die Präfekten, welches den Standpunkt der Regierung zu dem neuen Maire-Gesetz darlegt. Wenn dieses Gesetz, führt der Minister aus, der großen Mehrheit der französischen Gemeinden das Recht, ihre Bürgermeister zu wählen, wiedergebe, so sei dadurch an den Pflichten und Befugnissen der letzteren, der Gemeindevorstände, nichts geändert: der Maire bleibe nach wie vor der Vollstrecker der administrativen Gesetze und Verordnungen, dürfe also nicht etwa das Organ einer besonderen Partei sein, sondern müsse allen Angehörigen seines Amtskreises die gleiche väterliche Behandlung angedeihen lassen. Er, der Minister, wolle bei der Durchführung dieser wichtigen Reform mit dem ehrlichsten Willen mitwirken, aber darum nicht minder auf den strengen Schutz der Autorität, Ordnung und öffentlichen Sicherheit bedacht sein.

Die neue Porzellanmanufaktur von Sèvres wurde heute von dem Präsidenten der Republik und Beisein des Kunstministers Waddington und etwa hundert Senatoren und Abgeordneter eingeweiht. Unter den letzteren befand sich auch Hr. Gambetta in seiner Eigenschaft als Präsident des Budgetausschusses; der Minister stellte ihn dem Marschall vor, welcher dann einige freundliche Worte an ihn richtete.

Bei dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Herrn Grévy, fand gestern die erste Soirée dieses Winters statt. Sie war sehr stark besucht und unter den Anwesenden bemerkte man auch mehrere fremde Botschafter.

Gegen das „XIX. Siècle" ist ein Preßprozeß eingeleitet worden, weil Francisque Sarcey darin erzählte, wie der Staatsanwalt von Provins neulich ein unbescholtenes junges Mädchen in dem Augenblicke, da es zum Altare schreiten sollte, mit seinen Gendarmen, mit Arzt, Hebamme u. s. w., lediglich auf Grund einer anonymen und, wie sich bald herausstellte, falschen Denunciation überfiel, der zu Folge das junge Mädchen sich einer Abtreibung der Leibesfrucht schuldig gemacht haben sollte. In den republikanischen Abgeordnetenkreisen herrscht große Entrüstung darüber, daß die Justiz mit schonungsloser Einseitigkeit gegen die Organe ihrer Farbe verfährt, während die gröbsten Ausschreitungen der reaktionären Presse ungeahndet blieben.

In dem Verleumdungsprozeß, welchen die Gräfin Montijo, die Mutter der Exkaiserin Eugenie, gegen eine Anzahl republikanischer Blätter angestrengt hat, wurde gestern von dem Pariser Zuchtpolizei-Gericht das Urtheil gesprochen. Es wurden der „Courrier de l'Aisne" und das „Journal du Havre" zu je 500 Fr. Strafe und 500 Fr. Schadenersatz, die „Tribune" und die „Petite République" zu je 1500 Fr. Strafe und 1500 Fr. Schadenersatz, die „Droits de l'Homme", der „Siècle", das „Evènement" und der „Indépendant" zu je 1000 Fr. Strafe und 1000 Fr. Schadenersatz, endlich noch sämmtliche genannten Journale zur Einrückung des Erkenntnisses in acht Pariser und acht Provinzblättern verurtheilt.

Endlich gelangte heute auch der Verleumdungsprozeß des Jesuitenpaters Du Lac gegen die Blätter, welche die von ihm geleitete Lehranstalt in der Rue Lhomond verunglimpft hatten, vor dem Pariser Zuchtpolizei-Gerichte zum Austrag. Die Schuldigen wurden zu je 2000 Fr. Strafe und zur Einrückung des Erkenntnisses in dreißig Blätter verurtheilt. Der Fiskus macht bei dem gegenwärtigen Preßregime brillante Geschäfte und wird, Dank den Zeitungen, bald die ganze Kriminaljustiz kostenfrei haben.

C.L. Paris, 17. Nov. (Börsennachricht.) Ebbe und Fluth' Friedens- und Kriegsgerüchte dauern fort und erhalten die Börse in fieberhafter Aufregung. Heute gingen wieder die Kurse von 104 für die 5prozentige und von 70 für die 3prozentige und die italienische Rente verloren und der Schluß war nur wenig besser: 5proz. Rente 104.05 nach 103.92, 3prozent. 70 nach 69 75, Italiener 69.75 nach 69.50, Türken 10.85, Egypter 240, spanische Extérieure 13 3/8, Peruvianer 18, österr. Staatsbahn 521, Lombarden 160, Banque ottomane 365, Banque de Paris 1035, Foncier 732, Mobilier 157, Franco, Hollandaise 363, österreich. Bodenkredit 480, spanischer Mobilier 537, Suezaktien 655.

Badische Chronik.

§* Pforzheim, 16. Nov. Die kunstgewerbliche Ausstellung im hiesigen Gewerbschul-Gebäude ist seit gestern eröffnet und überrascht eben sowohl durch die Reichhaltigkeit und Schönheit der Ausstellungsgegenstände, als auch durch die hübsche, geschmackvolle Aufstellung derselben. Zu den in meinem letzten Berichte gemachten Einsendungen kam seither noch: eine reichhaltige und gut ausgewählte Kollektion von Fabrikaten der HH. Erhard u. Söhne in Gmünd; eine reiche Sammlung von Metallgegenständen, eingesendet von Hrn. Winter u. Söhne von Karlsruhe, und italienische Filigran-Arbeiten. Auch verschiedene hiesige Einwohner haben zum Theil sehr interessante Ausstellungsobjekte geliefert, u. A. Bijouterien aus Stahl mit Gold- und Elfenbein-Einlagen aus der in das vorige Jahrhundert fallenden Anfangszeit der hiesigen Goldwaaren-Fabrikation. Zur Vervollständigung meines letzten Berichts muß ich noch bemerken, daß die dort angeführten chinesischen, japanesischen, indischen, russischen und spanischen Originalartikel aus dem kgl. Musterlager in Stuttgart sind, welche auf von hier aus ergangenes Ansuchen in bereitwilligster Weise verabfolgt wurden.

Mannheim, 11. Nov. (M. J.) Zu der gestrigen Generalversammlung der badischen Zweigstiftung der Deutschen Schiller-Stiftung hatte sich der hiesige Vorstand vollzählig und außerdem je ein Abgeordneter aus Karlsruhe und Heidelberg eingefunden. Nachdem der Vorsitzende, Hr. Präsident Rumpel, die Anwesenden begrüßte, wurden zunächst die laufenden Geschäfte erledigt. Das Bureau wurde statutenmäßig rekonstituirt; zum Vorsitzenden wurde für das nächste Vereinsjahr Hr. Rumpel, zum Stellvertreter desselben der an Stelle des Buchhändlers Hrn. Schneider in den Vorstand eingetretene Hr. Oberregisseur Otto Devrient gewählt, Kassirer und Sekretär bleiben in ihren Stellungen. Aus den Berichten ergibt sich, daß in Mannheim und Karlsruhe das Interesse an der Schiller-Stiftung in beständigem Wachsthum begriffen ist; die Zahl der Mitglieder hat sich erhöht, das Vereinsvermögen der Zweigstiftung ist auf rund 10,000 Mark gestiegen und die jährlich sich mehrenden Beiträge machen es nicht nur möglich, die statutenmäßige Abgabe an den Vorort der allgemeinen Stiftung um ein Dritttheil zu steigern, sondern auch zur Vergrößerung des Stammkapitals und zur Förderung der Vereinszwecke im engeren Verband bedeutendere Mittel zu verwenden. Die badische Zweigstiftung nimmt schon jetzt unter ihren 24 Kolleginnen den 12. Platz ein.

Aus den Mittheilungen des Sekretärs über die wichtigsten Ereignisse des verflossenen Jahres heben wir noch einige von allgemeinerem Interesse hervor. Der Plan, Weimar zum dauernden Vorort der Deutschen Schiller-Stiftung zu machen, ist nunmehr als völlig gescheitert anzusehen; § 10 der Statuten: „Es kann dieselbe Zweigstiftung nicht zwei Wahlperioden hintereinander gewählt werden, bleibt in Kraft und die Stiftung wird, ihrem gemein deutschen Charakter gemäß, dem Süden so gut wie dem Norden angehören und nicht in den Dienst partikulärer Interessen treten. Die badische Zweigstiftung hat um so mehr Grund, mit dieser Wendung zufrieden zu sein, da sie sich von Anfang an gegen die Streichung des § 10 der Statuten erklärt hat.

Das Projekt einer großen Geldlotterie zu Gunsten der Stiftung ist an der Unmöglichkeit, die Einwilligung der preußischen und bayrischen Regierung zu erlangen, gescheitert. Vielleicht würde auch der in Aussicht genommene Plan die Gesellschaft mehr diskreditirt haben, als der Geldgewinn werth gewesen wäre.*) Dagegen hofft man, daß sich ein neuer fruchtbarer Boden für die Stiftung in Amerika finden werde, der Reichstags-Abgeordnete Kapp hat es übernommen, zunächst durch die Presse nach dieser Richtung hin zu wirken. Daß die Stiftung, obwohl sie ein Gesammtvermögen von 1,348,150 Mark besitzt, nur durch erhöhte Theilnahme im Stande ist, ihre umfassenden Zwecke zu erreichen, liegt auf der Hand. Bis Ende 1874 mußten von 400 Gesuchen 133 abgewiesen werden; noch beträgt die höchste lebenslängliche Pension nicht mehr als 1500 M., und dieser erfreuen sich nur zwei im Dienst der Literatur ergraute Veteranen; ein dritter bezieht 1200 M.; von den Hinterbliebenen erhalten einige wenige 900 M., andere noch weniger. Das ist in vielen Fällen doch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein; um wirksamere Hilfe zu leisten, bedarf es größerer Leistungen. Besonders sollte man auch die Gesellschaft mit Vermächtnissen und Schenkungen bedenken.

An die Generalversammlung schloß sich ein gemeinschaftliches Mahl im Pfälzer Hof. Außerdem hatte in diesem Jahr die Verwaltung des hiesigen Theaters die Freundlichkeit, den Vorstand der Schiller-Stiftung und dessen Ehrengäste zu den Wallenstein-Vorstellungen am 8. und 10. d. einzuladen, eine Einladung, der selbstverständlich mit großer Freude entsprochen wurde. So wurde der 10. Nov. in der würdigsten Weise beschlossen. Unter den Eingeladenen befand sich auch der eigentliche Gründer der badischen Zweigstiftung, Karl Gutzkow. Derselbe, leider durch seinen angegriffenen Gesundheitszustand an der persönlichen Theilnahme verhindert, sandte den Festgenossen die freundlichsten Grüße. „Erlebe ich noch das nächste Jahr, schreibt er, so soll es mich wahrhaft freuen, den Erinnerungstag unseres großen Schutzpatrons in Ihrem Kreise feiern zu helfen."

‖ Vom Kaiserstuhl, 14. Nov. St. Martinus überraschte uns mit Schnee und 6° R. Kälte, eine Erscheinung, die man seit Mannsgedenken nicht erlebte. Doch es bewahrheitete sich auch hier das Sprichwort, daß „strenge Herren nicht lange regieren". Schon am andern Tage stellte sich Thauwetter ein und wir haben sommerliche Wärme, so daß das Einheimsen der Rüben, gelben Rüben 2c. stattfinden kann. Die Herren Blankenhorn in Ihringen waren in der Mitte ihrer Weinlese von der Kälte überrascht worden. Doch soll kein Schaden entstanden sein.

¶ Lörrach, 16. Nov. Bei der heute in Schopfheim stattgehabten Stadt-Pfarrwahl wurde Herr Pfarrer Eberlin von Wilhelmsfeld mit 52 Stimmen von 64 gewählt. Die übrigen 12 Stimmen fielen auf Dekan Pfarrer Fischer in Wiesloch. Stimmberechtigte waren es 68, von welchen also nur 4 ausgeblieben sind.

*) Ein Geldmann in Frankfurt hatte sich erboten, mit Hinterlegung einer Kaution und ganz auf eigene Gefahr die Lotterie zu bewerkstelligen. Es sollten 400,000 Loose à 3 M. ausgegeben, 300,000 M. allein für Annoncen und Reklamen, 150,000 M. für Geldgewinne bestimmt sein; der Schiller-Stiftung wären etwa 420,000 M. zugefallen.

Berichtigung. In unserer gestrigen Nummer Bad. Chronik, Artikel Meersburg ist statt „definitiver Direktor" zu lesen: „provisorischer Vorstand".

Nachschrift.

† **Rom**, 18. Nov. Das „Diritto" erfährt, die Türkei habe Angesichts der Haltung Rußlands zur Vermeidung des Krieges beschlossen, die Konferenz bedingungslos anzunehmen.

† **St. Petersburg**, 18. Nov. In Folge der theilweisen Mobilisirung wird auch die Mobilisirung des Sanitätscorps vorbereitet. Insbesondere werden Hospitäler für Verwundete eingerichtet. Unabhängig von den amtlichen Organisationen treten nach dem Vorbilde der im deutsch-französischen Kriege erfolgreichen Privat-Verwundetenpflege Damen-Comités zu gleichem Zwecke zusammen. Es heißt, die Kaiserin und die Großfürstinnen übernähmen die Protektorate solcher Vereinigungen. Daß Tschernajeff, falls Rußland zur Aktion gezwungen würde, das Kommando in Serbien behielte, gilt für unwahrscheinlich. An maßgebender Stelle war man vornherein mit dem ganzen Auftreten des Generals in Serbien unzufrieden.

Frankfurter Kurszettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 18 Nov., die übrigen vom 17. Nov.)

Staatspapiere.

Preußen 4½% Obligationen	104½	Oesterr. 5% Papierrente Zins 4½%	48½
Baden 5% Obligationen	103½	Luxem- 4% Obl. i. Fr. à 28 fr.	93
„ 4½% „	101⅛	burg 4% „ i. Thl. à 105 fr.	93¼
„ 4% „	95⅛	Rußland 5% Oblig. v. 1870 £ à 12.	83
„ 4% „ fl.	95¾	„ 5% do. von 1871	80
„ 4% „ M.	95¾	Schweden 4½% do. i. Thlr.	96⅜
Bayern 4½% Obligationen	100½	Schweiz 4½% Bern Stts.obl.	—
„ 4% „ fl.	—	N.-Amerika 6% Bonds 1885r von 1865	99⅝
„ 4% „ M.	93 2	„ 5% dto. 1905r (10/40r v. 1864)	—
Württemberg 5% Obligat.	—	3% Spanische	12½
„ 4½% „	100½	Volle französ. Rente	105⅜
„ 4% „	94¼		
Nassau 4% Obligationen	95		
Gr. Hessen 4% Obligation.	—		
Oesterr. 5% Silberrente Zins 4½%	52¼		

Aktien und Prioritäten.

Reichsbank	150	5% Mähr. Grenzb.-Pr. i. S.	—
Badische Bank	101¼	5% Böhm. Westb.-Pr. i. Silb.	70½
Deutsche Vereinsbank	—	5% Elisab. B.-Pr. i. S. 1. Em.	71
Provinzialdiskonto	—	5% dto. „ 2. Em.	—
Darmstädter Bank	99¾	5% dto. steuerfr. neue „	—
Oesterr. Nationalbank	657	5% do. (Neumarkt-Ried)	60
Württemberg. Vereinsbank	—	5% Donau-Drau	45
Oesterr. Kredit-Aktien	109⅞	5% Frz.-Jos.-Prior.	74
Mitteldeutsche Kreditbank	—	5% Kronp. Rud.-Pr. v. 67/68	—
Rheinische Kreditbank	86¾	5% Kronpr. Rud.-Pr. v. 1869	—
Basler Bankverein	—	5% 6fr. Ardwestb.-P. i. S.	71½
Brüsseler Bank	—	5% „ „ Lit. B.	57½
Berliner Bankverein	—	Vorarlberger	53½
Stuttgarter Bank	—	5% Ungar. Ostb.-Prior. i. S.	46
Deutsche Effektenbank	103⅛	5% Ungar. Nordostb. Prior.	—
Oesterr.-deutsche Bank	—	5% Ungar. Galiz.	—
4½% bayr. Ostb. à 200 fl.	—	Ungar. Eis.-Anl.	66½
4½% pfälz. Maxbahn 500 fl.	—	5% östr. Süd-Lomb. Pr. i. Fr.	74⅛
4% hessische Ludwigsbahn	96	3% östr. Süd-Lomb.-Pr.	46⅜
3½% Oberhess. Eisnb. 350 fl.	—	5% österr. Staatsb.-Pr.	93¼
5% österr. Frz. Staatsbahn	207¾	3% österr. Staatsb.-Pr.	62¼
5% „ Süd-Lombarden	63¼	3% Livorn. Pr., Lit. C, D & E,	—
5% „ Nordwestb.-A.	95	5% Rheinische Hypothekenbank-Pfandbriefe	—
5% Elisab.-Eisnb. à 200 fl.	—	4½% „	96¾
5% Rud.-Eisnb. 2. Em. 200 fl.	80½	6% Pacific Central	97
5% Böhm. Westb.-A. 200 fl.	133½	6% South Missouri	58¾
5% Franz Josef-Eisenbahn	98		
Galizier	—		

Anlehensloose und Prämienanleihen.

3½% Preuß. Präm. 100 Thl.	—	Oestr. 4% 250 fl. Loose v. 1854	90¼
Cöln-Mindener 100-Thaler-Loose	107¾	„ 5% 500 fl. „ v. 1860	93⅛
Bayr. 4% Prämien-Anl.	120¼	„ 100-fl.-Loose v. 1864	249.—
Badische 4% dto.	117	Ungar. Staatsloose 100 fl.	131.—
„ 35-fl.-Loose	132.50	Raab-Grazer 100 Thlr. Loose	64¼
Braunschw. 20-Thlr.-Loose	83.—	Schwedische 10-Thlr.-Loose	45.—
Großh. Hessische 25-fl.-Loose	153.—	Finnländer 10-Thlr.-Loose	—.—
Ansbach Gunzenhaus. Loose	24.60	Meininger 7-fl.-Loose	19.40
		3% Oldenburger 40-Thlr.-L.	110⅝

Wechselkurse, Gold und Silber.

London 10 Pfd. St. 2%	204.20	Holländ. 10-fl.-St. Mk.	16.65
Paris 200 Frcs. 3%	81.20	Ducaten . . . „	9.71—76
Wien 100 fl. östr. W. 4½%	160.30	20-Francs-St. . „	16.24—28
Disconto . . l. S. 4½%		Engl. Sovereigns „	20.33—38
Preuß. Friedrichsd'or Mk.	—	Russische Imperial „	16.70—75
Pistolen . . . . . „	16.—	Dollars in Gold „	4.16—19
		Dollarcoupon „	—

Tendenz: matt.

Berliner Börse. 18. Nov. Kreditaktien 225.—, Staatsbahn 419.—, Lombarden 129.—, Disc. Commandit 108.20, Reichsbank 150.70. Tendenz: fest.

Wiener Börse. 18. Nov. Kreditaktien 139.30, Lombarden 78.—, Staatsbahn —.—, Anglobank 67.50, Unionbank —.—, Napoleonsd'or 10.05. Tendenz: fest.

New-York, 18. Nov. Gold (Schlußkurs) 109⅞.

☞ Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite II.

Verantwortlicher Redakteur:
Heinrich Goll in Karlsruhe.

Großherzogl. Hoftheater.

Sonntag, 19. Nov. 4. Quartal. 128. Abonnements-vorstellung. **I. Abtheilung. Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg**, große romantische Oper in 3 Akten, von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr.

Montag, 20. Nov. 19. Extra-Vorstellung außer Abonnement zu halben Preisen. **Wallenstein's Lager**, dramatisches Gedicht in 1 Akt. **Die Piccolomini**, Schauspiel in 4 Akten, von Schiller. Anfang 6 Uhr.

Dienstag, 21. Nov. 4. Quartal. 129. Abonnements-vorstellung. **II. Abtheilung.** Zum ersten Mal wiederholt: **Des Meeres und der Liebe Wellen**, Trauerspiel in 5 Akten, von Grillparzer. Anfang ½7 Uhr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

J.239. Soeben erschienen:

Die Amalungen.

Dichtung von

Felix Dahn.

Groß Oktav. Gebunden. Preis M. 4.

Von demselben Verfasser erschienen im gleichen Verlage:

Ein Kampf um Rom. Historischer Roman. 4 Bände. 8. (Bd. I 3. Aufl. Bd. II—IV 2. Aufl.) broch. M. 24.

König Roderich. Trauerspiel in 5 Aufzügen. 2., durchgesehene und veränderte Ausgabe. 8. broch. M. 4., geb. M. 5.

Markgraf Ruedeger von Bechelaren. Ein Trauerspiel in 5 Aufzügen. 8. broch. M. 3., geb. M. 4.

Deutsche Treue. Ein vaterländisches Schauspiel in 5 Aufzügen. 8. broch. M. 3., geb. M. 4.

Zwölf Balladen. 12. Elegant cart. mit Goldschnitt M. 3.

Leipzig, im November 1876.

Breitkopf & Härtel.

Vorräthig in den Hofbuchhandlungen von *A. Bielefeld* und *G. Braun.*

J.231. Nr. 12,591. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Die Stelle des städtischen Registrators dahier ist erledigt und soll demnächst wieder besetzt werden. Bewerber wollen ihre Gesuche unter Schilderung ihrer persönlichen Verhältnisse und Beilegung ihrer Dienstzeugnisse, sowie unter Angabe der von ihnen gemachten Gehaltsansprüche binnen 14 Tagen schriftlich hierher einreichen.

Karlsruhe, den 15. November 1876.

Stadtrath.

Schnetzler.

Schumacher.

J.235.1. Waibstadt.

Bekanntmachung.

Da, nach den obwaltenden Umständen zu urtheilen, den häufig hier vorkommenden Feuersbrünsten boshafte Brandstiftung zu Grunde zu liegen angenommen werden muß; der Thäter aber, trotz unausgesetzter diesbezüglicher Thätigkeit der Polizei und der Gerichte bisher nicht zu ermitteln war, so setzen wir eine Belohnung von 500 M.

„Fünfhundert Mark" aus hiesiger Gemeindekasse Demjenigen aus, der Angaben macht, in deren Folge der Brandstifter ermittelt wird.

Waibstadt, den 15. November 1876.

Gemeinderath.

Völter.

Seeber.

J 220. 1.

Nervenleiden, Schwächezustände.

J.64.

allgemeine wie spezielle, welchen unbedingt den in Peru seit Urzeiten anerkannten Heilkräften der Coca-Pflanze, welche **Alex. von Humboldt** wärmstens für Europa befürwortete. Die rationell aus frischer Pflanze bereiteten Coca-Präp. der Mohrenapotheke Mainz, das Resultat exakter Studien und Versuche eines Humboldt-Schülers, Dr. Sampson, erwiesen sich seit langen Jahren als einzig reelles, für ob. Leiden unersetzliches Kraftmittel. Nach deutscher Arzneitaxe 1 Schachtel 3 RMk., 6 Sch. 16 Mark. Näheres gratis franco d. d. **Mohren-Apotheke Mainz** und deren Depots: *Karlsruhe:* Th. Brugier, En gros; in Badenweiler: A. Steinhofer, Grossh. Hof-Apoth.; Baden-Baden: beide Grossh. Hof-Apoth. von Billharz u. Jebens; Constanz: M. Torrent, Apoth.; Strassburg: A. Schaffitzel, Sternapoth., Steingasse 27.

J.226. **Drei schöne weiße Schwanen** sind zu verkaufen. Näheres ertheilt Jagdaufseher **Huber** in **Fort-Louis** bei Reschwoog, Unter-Elsaß.

Gar viele bieten leeren Sinnes, dem Leidenden die Hülfe dar, doch nur um schnöden Geldgewinnes, ihr Streben ist nicht rein noch wahr. Des Lasters Opfer, deren Flügel die schnöde Lust so hart gelähmt, o les't das Werk »der Jugendspiegel«, das seine Gegner all beschämt. Und bist du noch so tief gesunken, er hemmt des Lasters gift'gen Lauf, und endlich stehst Du wonnetrunken als Phönix neugeboren auf. Für 2 M. von **W. Bernhardi**, Berlin S. W. Tempelhofer Ufer 8, discret zu beziehen. G 989. 1.

Stellen-Gesuche.

J.201. 2. Ein 20 Jahre zählendes geprüftes Fräulein, welches im Deutschen, Französischen, Musik und Gesang Unterricht ertheilt, sucht Stelle als Erzieherin, ebenso suchen mehrere gebildete deutsche und franz. Fräuleins Stellen als Bonnen und sieht gefl. Anträgen entgegen **J. Müller**, Placeur, Zähringerstr. 67 in Karlsruhe.

E. Schering's Pepsin-Essenz nach Vorschrift des Professor Dr. **O. Liebreich.**

Nach Untersuchung von **Dr. Hager** und **Dr. Panum** das wirksamste von allen Pepsinpräparaten, ist als wohlschmeckendes, diätetisches Mittel bei **Appetitlosigkeit, schwachem** oder **verdorbenem Magen** ꝛc. als ärztlich erprobt zu empfehlen. Preis pr. Flasche 15 und 20 Sgr.

Droguen, Chemikalien, cosmetische Seifen, Salicylsäure-Mittel ꝛc. empfiehlt

Schering's Grüne Apotheke in Berlin Chausseestrasse 21.

Wittich & Benkendorf

Briefliche Bestellungen werden **prompt** ausgeführt. Für Wiederverkäufer Rabatt. X.883. 11.

J.94. 3.

„UNION",

Allgemeine Versicherungs-Actien-Gesellschaft zu Berlin.

Grundkapital: 4,500,000 Reichsmark.

Aufsichtsrath:

Dr. **G. Siemens,** Vorsitzender, Direktor der deutschen Bank } in Berlin.
Stader, Königl. Justizrath, Stellvertreter des Vorsitzenden }
Hans v. Adelson, Delegirter des Aufsichtsraths . . }
Heinrich Cohn in Firma Lion M. Cohn . . . . . }
Consul **Gustav Gebhard** in Firma Gebhard & Cie. . in **Elberfeld.**
Dr. **Herz,** Rechtsanwalt . . . . . in **Mannheim.**
F. C. Schütte in Firma A. U. Schütte & Sohn . . } in Bremen.
C. J. Fuhrken in Firma Melchers Gebr. & Cie. . }
A. N. Zacharias in Firma A. Zacharias & Wendt . in **Hamburg.**

Vorstand der Gesellschaft:

J. Lefebre. **Carl Braumann.**

Bureaux der Gesellschaft in Berlin: W. Friedrichstraße 171.

Prämien-Einnahme:	1873: Rm. 569,203.	**Dividende:**	1873: 7 %.
	1874: „ 859,834.	„	1874: 5 %.
„ „	1875: „ 1,095,884.	„	1875: 7 %.

Die „Union" versichert in Gemäßheit ihrer Allgemeinen Versicherungs-Bedingungen zu festen, der Gefahr entsprechenden Prämien gegen den Schaden, welcher durch Brand, Blitzschlag oder durch Explosion an den versicherten Gegenständen entsteht.

Die Gesellschaft wird sich bestreben, alle Anträge auf das Prompteste zu erledigen und die im Handel, Verkehr und Gewerbebetrieb liegenden Wünsche und Bedürfnisse hinsichtlich der Feuerversicherung in jeder Beziehung zu erfüllen, sowie die vorkommenden Brandschäden rasch und coulant zu reguliren.

Die Geschäftsprincipien sind:

Größtes Entgegenkommen bei der Aufnahme,
Prompteste Erledigung der Anträge,
Erfüllung aller im Handel, Verkehr oder Gewerbebetrieb liegenden Bedürfnisse hinsichtlich der Versicherung,
Berechnung von mäßigen, der Gefahr entsprechenden festen Prämien,
Raschestes Regulirung der Brandschäden,
Liberalste Interpretation der Versicherungs-Verträge.

Die Rechte der Hypothekar-Gläubiger sind durch § 10 der Allgemeinen Versicherungs-Bedingungen auf das Nachdrücklichste gewahrt und dieselben im Schadenfalle vollständig geschützt.

Zur Entgegennahme von Anträgen zur Ertheilung jeder Auskunft und zur ev. persönlichen Aufnahme ist gerne bereit,

Karlsruhe, November 1876.

Die General-Agentur für Baden:
Max Gastel.
Sophienstr. 5.

ÄCHTES

BOTOT WASSER

Einziges Zahnreinigungsmittel

von

DER ACADEMIE UND DER MEDIZINISCHEN FAKULTÄT IN PARIS GUTGEHEISEN

BOTOT'S PULVER

China Zahnreinigungsmittel

TOILETTEN-ESSIG	LE SUBLIME	TOILETTEN-WASSER
vorzügliche Qualität.	*Hält das Ausfallen der Haare sofort auf.*	*ohne jede Säure.*

Haupt Niederlage: 229, rue St-Honoré, bei der rue Castiglione PARIS. Niederlage; 18, boulevard des Italiens. PARIS.

In Carlsruhe Niederlage für Deutschland bei Herren WOLFF u. SCHWINDT. Berlin: Hch. MEYER jr., 18, Krausenstrasse.

X 206. 16.

J.222.

Pilsner Bier.

Der Ausstoß unseres **Winterbieres** (auf Hefe versendet) hat seit 15. dieses begonnen, was wir, unter Hinweis auf unsere

„Haupt-Agentur und Niederlage in Frankfurt a. M."

wohin allwöchentlich mehrere Waggonladungen zur Vertheilung und zum Weiterversandt abgehen, zur ergebenen Anzeige bringen

Erste Pilsner Actien-Brauerei in Pilsen.

J 240. 1. Karlsruhe.

Fahrniß-Versteigerung.

In Gemäßheit gantrichterlicher Verfügung werden

Mittwoch den 29. d. M., Vormittags 9 Uhr anfangend,

in der Kartoffelmehl- und Traubenzucker Fabrik zu Durmersheim nachstehende, zur Gantmasse der Firma Vetter, Hacker & Co. dahier gehörigen Fahrnisse öffentlich gegen Baarzahlung versteigert:

I. 1 eiserner Kassenschrank, 1 Regulator, 1 viersitziger Schreibpult, 1 Stehpult, 4 Drehstühle, 3 Strohstühle, 3 Landkarten, 3 Controluhren, versch. Bücher der chem. Technologie, eine Partie gläserne und metallene Laboratorgefäße ꝛc.

II. ca. 2200 Ctr. Kartoffelmehl III. Sorte (Grummehl), 54 Sack Kartoffelmehl II. Sorte, 42 Sack Wiener Pappe, 20 Sack Marmormehl, 29 Sack Brockelstärke, ca. 150 Ctr. Knochenkohle, ca. 25 Ctr. Knochenmehl, 6 Sack Beinschwarz, 8 Korbflaschen Schwefelsäure, 23 Korbflaschen Salzsäure, 135 Pfund Meaning, ca. 4 Ctr. Talg, 1 Faß Chlorkalk, 1 Faß Theer, 1 Faß Carbolineum, 1 1/4 Faß Cement (Schwefel und Soda), ca. 1 Ctr. Kälberhaare, 75 Pfund Pappendeckel, 1 Rolle Guttapercha Riemen, 1 Rolle Riemenleder, 125 leere Korbflaschen, 500 alte Säcke, 1 St. Hottentuch, 1500 leere Zuckertischchen ꝛc.

III. 1 Fabrikienerspritze (neu), 2 Dezimalwaagen, 1 Leiterwagen, 1 Pritschenwagen, 1 Brake, 1 neue Pumpe, 2 Pferdegeschirre, 2 Haberträge, 2 Pferdeteppiche ꝛc.

Karlsruhe, den 18. November 1876.

Der Massepfleger:
W. Merkel.

J.172.2. **Unsere, sowohl zur Darstellung von Steinkohlen- als Petroleumgas sich eignende Gaseinrichtung ist billig zu verkaufen.**

Heidelberger Ultramarinfabrik.

G.543 3.

D.585. 19. (H 5197. X.) Bern.

Sichere Heilung.

Asthma.

Mehr als 1000 Zeugnisse von Personen, welche durch die Methode des Herrn **Dr. Aubrée** in **Ferté-Vidame** (Eure et Loir) geheilt wurden. Zur Unterrichtung hievon beziehe man die bezügliche Broschüre. Dieselbe wird gratis u. franko versandt vom einzigen **Depositär für Deutschland und die Schweiz** ***A. Thomas,*** Apotheker in ***Bern.***

J.56 3.

Discretion Ehrensache!
Aerztlich empfohlen
geg. Syphilis
u. s. w.

Präservativs od. Schutzmittel.

Zollfreie Zusendung. — Preis-Court. gratis.

Man wende sich vertrauensvoll an A. Z. durch d. Annoncen-Exp. Ellernthorsbr. 15, Hamburg.

J.45. 2. **Für Damen.**

Das schönste, praktischste u. liebenswürdigste

Weihnachtsgeschenk

ist

Heuser's Nähtisch-Scheeren-Garnitur

aus Solinger Silberstahl (Silver steel) enthaltend: **Zuschneide-, Nagel-, Stick-, Knopflochscheere** mit **Stellschraube** und ein **hochfeines Trennmesser.**

Preis für Garnitur: 4 Scheeren, 1 Messer in feinem Etui 5 ℳ. **Unentbehrlich für jeden Nähtisch. Dauerhaft** und **unverwüstlich** bei **fleißigstem** Gebrauch. **Garantie der Vorzüglichkeit** durch eventuelle franco Rücknahme. Depôt für Deutschland bei **Wm. Heuser, 18, Rehmplatz, Aachen.** Versandt der Kürze halber gegen Nachnahme.

Von den vielen eingegangenen **Anerkennungsschreiben** lasse eines derselben folgen:

Ew. Wohlgeboren ersuche um die Gefälligkeit mir noch 4 Stück Nähtisch-Scheeren-Garnituren à ℳ 5 gegen Nachnahme einzusenden.

Kochentin (Oberschlesien), den 18. Okt. 1876.

Emma Hüppe, bei der verwittweten Prinzessin zu Hohenlohe-Ingelfingen.

Für Offiziere.

J.234. 1. Ein eleganter, noch ganz wenig gebrauchter **Offiziers-Phaeton** mit abnehmbarem Verdeck steht zu verkaufen. Briefe sub ***No. 4480*** befördert die Annoncen-Expedition von ***Rudolf Mosse, Mannheim.***

J.237. 1. Karlsruhe.

Glaserarbeit.

Es wird beabsichtigt, ein neuerbautes Pflanzenhaus im botanischen Garten zu Heidelberg mit forlenen Fenstern zu decken (220 □M.), und werden lusttragende Unternehmer aufgefordert, ihre Angebote auf dem dortigen Baubureau, Alte Bergheimerstraße Nr. 16, einzureichen, woselbst auch die näheren Bedingungen eingesehen werden können.

Karlsruhe, den 18. November 1876.

A. Kerler,
Architekt.

Bürgerliche Rechtspflege.

Warnung.

H.728. Nr. 13,533. Baden. Vor dem Erwerb des Sparbüchleins, überschrieben „Statuten der Sparkasse der Stadt Baden Nr. 507 für Ignaz Boos in Sinsheim", wird hiemit öffentlich gewarnt.

Baden, den 13. November 1876.

Großh. bad. Amtsgericht.

Fr. Mallebrein.

Strafrechtspflege.

Bekanntmachung.

H.735. Karlsruhe. Mit Ermächtigung Großh. Generaldirektion der Großh. Eisenbahnen sichere ich Demjenigen, welcher den oder die Urheber des Diebstahls der 20,000 Mark entdeckt, eine Belohnung von

Sechshundert Mark

zu.

Dabei wird bemerkt, daß inzwischen von dem gestohlenen Geld 4900 Mark, wovon 1000 Mark in Gold, der Rest in Silber, beim Beiertheimer Wäldchen aufgefunden wurden.

Karlsruhe, den 18. Novbr. 1876.

Der Großh. Untersuchungsrichter am Großh. Kreis- und Hofgericht Karlsruhe.

v. Blittersdorff.

Ladungen und Fahndungen.

H.732. Nr. 2718. Offenburg.

In Anklagesachen gegen Bernhard Lorenz von Sasbachwalden,

wegen Diebstahls.

Zur öffentlich mündlichen Rekursverhandlung ist die am

Montag den 4. Dezember d. J., Vormittags 9 Uhr,

stattfinde Gerichtssitzung bestimmt, wozu der Angeklagte, Rekurrent, mit dem Anfügen vorgeladen wird, daß wenn weder er noch ein Anwalt für ihn erscheint, der Rekurs für aufgegeben angesehen werde.

Dies wird dem flüchtigen Angeklagten, Rekurrenten, bekannt gemacht.

Offenburg, den 20. Oktober 1876.

Großh. Kreis- und Hofgericht.
Rekurskammer.

Feyerlin.

Burger.

Verm. Bekanntmachungen.

J 242. Karlsruhe.

Großh. bad. Staats-Eisenbahnen.

Die in dem Ausnahmetarife für die Beförderung metallurgischer Erzeugnisse von Stationen der Saarbrücker und Pfälzischen Bahn nach Basel, Waldshut, Schaffhausen, Singen und Konstanz vom 10. Oktober d. J. enthaltenen Frachtsätze für Stiringen und Forbach werden mit dem 31. Dezember d. J. aufgehoben.

Karlsruhe, den 17. November 1876.

General-Direktion.

J.229. 1. Karlsruhe.

Steigerungs-Ankündigung.

In Folge richterlicher Verfügung wird die der Metalldreher Franz Carpentier Wittwe dahier gehörige Liegenschaft, und zwar:

Das in der Louisenstraße dahier unter Nr. 32, einerseits neben Martin Dollinger, anderseits neben Bauunternehmer Michael Spithaler gelegene einstöckige Wohnhaus (Hinterhaus) mit Kniestock, Holzremise und Garten im Flächengehalt von ungefähr einem Viertel (altes Maß), einschließlich des Grund und Bodens, taxirt zu . . . . 10,000 M.

am

Donnerstag den 30. Novbr. d. J., Nachmittags 3 Uhr,

im Commissionszimmer des Rathhauses hier öffentlich einer nochmaligen Versteigerung ausgesetzt und wird der endgiltige Zuschlag auf das höchste Gebot ertheilt, wenn solches den Schätzungspreis auch nicht erreicht.

Die Versteigerungsbedingungen können bei mir eingesehen werden.

Karlsruhe, den 14. November 1876.

Der Vollstreckungsbeamte:
Großh. Notar
Stritt

J.182. 2. Ein geübter

Notariatsgehilfe

mit schöner Handschrift findet dauernde Beschäftigung bei Notar **Gallus** in **Königschaffhausen.**

J.150. 2. **Gummi-Schutzmittel, Präservativs geg. Syphilis.**

A. Hirschmann, Hamburg.

J.241. Nur „**einmal** wieder ein liebes Wort"!

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg